

II-4162 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen des Nationalrates

REPUBLIK ÖSTERREICH

XIV. Gesetzgebungsperiode

BUNDESMINISTERIUM

WIEN, 1978 08 11

FÜR LAND- UND FORSTWIRTSCHAFT

Zl. 11.633/37-I/1/78

An den

Herrn Präsidenten des  
Nationalrates Anton Benya

Parlament

1010 W i e n

1967/AB

1978-08-16

zu 1947/J

Gegenstand: Schriftliche parlamentarische Anfrage  
der Abgeordneten zum Nationalrat Dr. Leitner  
und Genossen (ÖVP), Nr. 1947/J, vom 16. Juni  
1978, betreffend Subventionen an Verein "Berg-  
bauernvereinigung".

Die schriftliche parlamentarische Anfrage der Abgeordneten  
zum Nationalrat Dr. Leitner und Genossen (ÖVP), Nr. 1947/J, be-  
treffend Verwendung der Subventionen an den Verein "Österreichi-  
sche Bergbauernvereinigung", beehre ich mich wie folgt zu beant-  
worten:

Zu 1):

Der Verwendungsnachweis 1976 der Österreichischen  
Bergbauernvereinigung entsprach meritorisch und finanziell  
den vom Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft erteilten  
Auflagen. Eine Doppelverrechnung ist nicht gegeben, weil das  
Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft ausschließlich  
Ausgaben im Rahmen der agrarischen Publikations- und Vortrags-  
tätigkeit der Bergbauernvereinigung fördert, während das Bundes-  
ministerium für Unterricht die Erwachsenenbildung dieser  
Organisation unterstützt.

Frage 2:

Der Verwendungsnachweis für die im Jahre 1977 gewährten  
Bundesmittel liegt noch nicht vor, weil der Termin hierfür erst  
mit 31. Oktober 1978 festgelegt wurde. Eine allfällige Anweisung

von Bundesmitteln für 1979 wird von der Vorlage und Genehmigung des Verwendungsnachweises 1978 abhängig gemacht.

Zur Frage 3 und 5:

Art. 20 Abs.3 BVG verpflichtet alle mit Aufgaben der Bundes-, Landes- und Gemeindeverwaltung betrauten Organe zur Verschwiegenheit über alle ihnen ausschließlich aus ihrer amtlichen Tätigkeit bekanntgewordenen Tatsachen, deren Geheimhaltung im Interesse einer Gebietskörperschaft oder der Parteien geboten ist. Nach Auffassung des Bundesministeriums für Land- und Forstwirtschaft sind Förderungswerber Parteien im Sinne dieser Bestimmung. Da durch Einsichtnahme in Verwendungsnachweise und Auskünfte über die Vermögensverhältnisse von Förderungsempfängern Interessen der Parteien gefährdet sein können, muß ein solcher Wunsch aus grundsätzlichen Erwägungen abgelehnt werden.

Zur Frage 4:

Ich verweise auf meine Beantwortung der Fragen 3 und 5. Ich bin jedoch der Meinung, nicht gegen die Pflicht zur Amtverschwiegenheit zu verstoßen, wenn ich den Fragestellern die wichtigsten Positionen des Verwendungsnachweises bekannt gebe. Es sind dies die Kosten für ein Rundschreiben an 117.000 Bergbauern in der Höhe von S 271.300,-- und der Aufwand für Publikationen, insbesondere "Bergbauern wohin" und die Auflage diverser Plakaten von rund S 33.900,--.

Der Bundesminister:

